

PETER BERGER*

Von der Ehrbegierde zum Eigennutz: Über die Verbürgerlichung der kameralistischen Bevölkerungslehre

Einleitendes

“Der Malthusianismus nimmt also den umgekehrten Standpunkt ein wie der Merkantilismus: dieser glaubte, ein Land werde umso reicher und leistungsfähiger sein, je größer seine Bevölkerungsziffer sei, und suchte diese mit allen möglichen Mitteln zu erhöhen, während jener die größte wirtschaftliche Gefahr in dem steigenden Menschenreichtum erblickte.”¹

So skizzierte der österreichische Literat und Kulturhistoriker Egon Friedell das Bild einer kopernikanischen Wende im demographischen Diskurs zu Beginn des 19. Jahrhunderts, wie es bis heute der Geschichte der sozialen Ideen noch geläufig ist. Durch die übliche Konfrontation der aggressiv-naturgesetzlichen Erstfassung des “Essay on Population” mit der nicht minder scharfen Rhetorik kameralistischer “Menschenproduktion” in Mitteleuropa entsteht die suggestive Vorstellung, hundertfünfzig Jahre lang hätte das Dogma vom grenzenlosen “Volkreichmachen” ohne Abstriche geherrscht, ehe Malthus auf den Plan getreten sei. Die deutschen Kameralisten müßten daher als Vertreter einer konsistenten Bevölkerungstheorie vor — und im Widerspruch zu — Malthus gelten.

Läßt sich diese Anschauung aufrecht erhalten? Zweierlei spricht dagegen: Zum einen konnte der — wenn auch nur zögernd voranschreitende — Verbürgerlichungsprozeß in Deutschland nicht ohne Einfluß auf die offizielle Staats- und Wirtschaftslehre bleiben; ihre Bereitschaft nahm zu, auch im Bereich der Bevölkerungspolitik dem Walten restriktiver ökonomischer Planmäßigkeiten, neben der behördlichen “Polizey”, anerkennendes Interesse zu widmen. Andererseits wandte sich Malthus mit jeder neuen Auflage des “Essay” mehr vom radikal wachstumsfeindlichen Determinismus des generativen Modells ab, das er 1798 entworfen hatte; zuletzt erreichte er mit der Annahme einer weltmarktabhängigen und in Grenzen steuerbaren optimalen Volkszahl einen Punkt, an dem die Versöhnung mit dem Merkantilismus geglückt erscheint.

Ich meine, diese Einwendungen sind geeignet, die singuläre Dramatik der sogenannten malthusianischen Revolution in Frage zu stellen! Dagegen enthüllt die Rücksicht auf reale gesellschaftliche Kräfteverschiebungen ein diffizileres Muster im Diskurs von Ernährung und Fortpflanzung.

I.

“Wer in eine volle Welt hineingeboren worden ist, darf für sich kein Gedeck an der reichen Tafel der Natur erwarten, im Gegenteil: nichts Geringeres als das Naturgesetz wird ihn zwingen, den Saal, in dem die Glücklichen speisen, zu verlassen!”

* Wirtschaftsuniversität Wien.

¹ E. Friedell, Kulturgeschichte der Neuzeit. Die Krisis der europäischen Seele von der schwarzen Pest bis zum Ersten Weltkrieg; München 1976, S. 921 f.

So etwa lautet die Aussage der berühmt-berüchtigten "Feast—of—Nature—Parabel" aus der Streitschrift Malthus' gegen Godwin.² Auch wenn solche Worte in den späteren Ausgaben des "Essay on Population" nicht mehr enthalten waren, übten sie doch bis vor kurzem auf all jene starken Eindruck aus, die in Österreich und Deutschland über die Geschichte der Bevölkerungstheorien geschrieben haben. Sie schienen eine brüske Abkehr von den Vorstellungen zu bedeuten, wie sie in Mitteleuropa, besonders im Heiligen Römischen Reich, im 17. und 18. Jahrhundert bestanden hatten und im Resumé eines zeitgenössischen Beobachters ausgedrückt sind: "Fast alle Schriftsteller und Männer des gemeinen Lebens haben sich das Ehrenwort gegeben, daß man nicht nach vergänglichem Silber oder Golde, sondern nach der Menschenzahl den Reichtum der Staaten bestimmen müsse".³ Demnach ging es also den "spekulativen und ausübenden Politikern", wie Fichte sie später unterscheiden sollte, — sie nannten sich selbst Kameralisten, nach der "Camera", der Domänenverwaltung des Landesherrn — um die Mehrung der Einwohnerschaft ihrer Länder. Dabei stießen sie jedoch auf das Hindernis eines generativen Grundmusters, das in Europa seit dem Hochmittelalter existierte und als "vorindustrielle Bevölkerungsweise" bekannt ist: man heiratete erst dann, wenn ein solcher Schritt die eigene soziale und wirtschaftliche Stellung nicht mehr zu gefährden vermochte. Waren die Zeiten schlecht, wurde der soziale Status auch durch die Anwendung kontrazeptiver Praktiken abgesichert. In vielen Fällen war der Kindesmord die ultima ratio, wenn eine Vergrößerung der bestehenden Familie ihren gewohnten Unterhalt bedrohte.

Das alles bedeutete, daß die Kameralisten Anstrengungen unternehmen mußten, die Folgen der Seuchen und Hungerkatastrophen des 17. Jahrhunderts im allgemeinen, besonders aber die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges soweit zu neutralisieren, daß ein Mindestmaß von "Ruhe und Nahrung" für das ersehnte rasche Bevölkerungswachstum sorgen konnte. Was die Fortpflanzungsfähigkeit als solche betrifft, waren sie davon überzeugt, daß die Menschen es den Tieren ohne weiteres gleichtun würden! Man bewunderte diesbezüglich die animalischen Leistungen: "Wenn die Schiffer in einer unbewohnten Insel... ein paar Pferde, Rindvieh, Ziegen, Schweine und dergleichen ausgesetzt haben, so ist es fast ungläublich, was für eine starke Vermehrung derselben binnen 30 oder 50 Jahren erfolgt".⁴

Der propagandistische Eifer, den besonders die Schriftsteller des 18. Jahrhunderts in Peuplierungsfragen an den Tag legten, ließ sie die Tieranalogie allerdings für unser Gefühl übertreiben: "Man sucht das Vieh auf alle Art zu vermehren, man errichtet Stutereyen, Schäfereyen und dergleichen. Warum sollte man auch nicht Menschereyen anrichten, die einen viel größeren Werth haben?"⁵ Vergleiche dieser Art haben dazu beigetragen, daß die Dogmengeschichte noch heute von einem kontinuierlich anwachsenden, kameralistischen Bevölkerungsfanatismus in Mitteleuropa spricht. Während die frühen deutschen Autoren, die Vertreter des leopoldinischen Kameralismus, Becher, Hörnigk und Schröder, noch als gemäßigt gelten in Bezug auf ihre Forderungen, die Bevölkerung ihrer Länder zu vermehren, stehen die "Polizeywissenschaftler" des aufgeklärten Absolutismus, Justi und

² Die Stelle wird in extenso zitiert in: M. Beaud, A History of Capitalism 1500—1980; London 1984, S. 77.

³ Th. G. v. Hippel, Über die Ehe; Leipzig 1872, S. 3.

⁴ Anaxagoras v. Occident, Physicalische und politische Betrachtungen über die Erzeugung des Menschen und Bevölkerung der Länder. Smirna, in der neuen Buchdruckerey mit Genehmigung des Bassa, 1769; S. 50. Das Werk wird im Catalogue of Printed Books des Britischen Museums von 1839, ebenso im Katalog der Wiener Universitätsbibliothek, Justi zugeschrieben. Skeptisch äußert sich dazu F. Frensdorff, Über das Leben und die Schriften des Nationalökonom J. H. G. v. Justi, in: Nachrichten von der Königlichen Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen, Phil.-histor. Klasse, aus dem Jahre 1903; Göttingen 1904.

⁵ Anaxagoras v. Occident, a. a. O., S. 59 f.

Sonnenfels, zwei Menschenalter später als populationistische Monomanen da: ihnen unterstellt man den Verlust des Augenmaßes im Streben nach grenzenloser Steigerung der Volkszahl.

Kaum dreißig Jahre nach dem Erscheinen der vorhin zitierten, wahrscheinlich von Justi stammenden Schrift, in der von der einsamen Insel die Rede ist, über die sich die Fauna so schnell ausbreitet, brachte dann Malthus fast das gleiche Beispiel in konträrer Absicht: sein, oder vielmehr Benjamin Franklins wildwachsender Fenchel bedeckte im Nu ein ähnliches, kahles Eiland und löste bei den Lesern des "Essay" Übervölkerungsängste aus. Randvolle Staaten, ja eine bis auf das letzte Fleckchen Erde besetzte Welt wurden jetzt denkbar, und man dachte sie auch, wo es zuvor noch geheißen hatte, ein Land könne nie zuviele Einwohner haben.

Zu aufdringlich war diese Zäsur, um nicht als Bruchstelle im Diskurs über die Vermehrung verstanden und tradiert zu werden. In der deutschen Sekundärliteratur aus der Zeit der Jahrhundertwende ist folgerichtig von zwei Epochen der Bevölkerungslehre die Rede, einer vor- und einer nachmalthusianischen.⁶ Neben der inhaltlichen Wendung konstatierte man zudem noch eine formale: der "Essay on Population" — in der Erstfassung ebenso wie in seinen späteren, erweiterten Auflagen — galt vielen Interpreten als erste spezifisch wissenschaftliche Leistung im Bereich der Demographie. Natürlich waren da schon früher Leute gewesen, die den einen oder anderen Gedanken daraus vorweggenommen hatten; doch durften sie nicht einmal als Vorläufer eines "Paradigmas" im Kuhnschen Sinne gelten⁷, da es ihnen am empirischen Material, am begrifflichen Instrumentarium und an der synthetisierenden Kraft der Darstellung fehlte. Schumpeter macht den Unterschied, der damit gemeint ist, deutlich, wenn er von Theorien spricht, die durch zunehmende Tatsachenkenntnis verdrängt und aufgehoben werden, während andere, wie Phönix aus der Asche, erst auf der neuen Wissensgrundlage emporwachsen können. Auf den demographischen Diskurs bezogen hieße das: Botero oder Ortes sind der Wahrheit einer generativen Gesetzmäßigkeit schon sehr nahe gekommen⁸; aber erst Malthus verfügte über den Datenrahmen und die historisch entwickelte Denkstruktur, die ihn befähigten, ein Bevölkerungsgesetz in Analogie zu den beobachteten Regelmäßigkeiten der physikalischen Welt aufzustellen.

In diesem Lichte besehen sind Malthus und sein Werk in jeder Hinsicht die "Hauptwasserscheide" demographischen Denkens! Doch ist eine solche Sichtweise gerechtfertigt?

Zumindest lohnt es sich, sie einmal einer kritischen Prüfung zu unterziehen; dazu sollen die folgenden Thesen dienen:

1. Die Vorstellung, daß das Erscheinen des "Essay on Population" einen bedeutsamen und schlagartigen Wandel im mitteleuropäischen Bevölkerungsdenken ausgelöst hat, ist irrig!

Zum ersten betonen neuere Untersuchungen, daß die Kameralisten und Malthus selber einander in der Frage der Bevölkerungsgröße nicht unversöhnlich gegenüberstanden. Sogar die Fanatiker der Populationistik, wie manche Schriftsteller der 18. Jahrhunderts trotz aller Einschränkungen gelegentlich noch genannt werden, vergaßen nicht, daß ausreichende Unterhaltsmittel die Voraussetzung zur Erfüllung des biblischen Gebots: Seid fruchtbar und mehret euch! sein mußten. Nahrung — freilich im für frühkapitalistische Zeit noch typischen, erweiterten Sinn von Erwerbsmöglichkeit — und Volkreichtum gehörten im

⁶ Besonders ausgeprägt ist dieses Klassifikationsschema bei O. Jolles, Die Ansichten der deutschen nationalökonomischen Schriftsteller des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts über Bevölkerungswesen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, hrsg. v. J. Conrad, Neue Folge, 13. Band; Jena 1835, S. 193 ff. Vgl. auch L. Elster, Artikel: Bevölkerungswesen (Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik), in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2. Band; Jena 1899, S. 703 ff.

⁷ Th. S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen; Frankfurt a. M. 1981.

⁸ Über Giovanni Botero und Giannmaria Ortes schreibt L. Elster, a. a. O., S. 725 f.

kameralistischen Diskurs schon seit Becher sprichwörtlich ("volkreiche Nahrung") zusammen! Malthus wiederum hat mehrmals betont, wie wichtig — innerhalb der auch von den Kameralisten anerkannten Grenzen — eine möglichst große Menschenzahl sei.

Aber ganz abgesehen davon, daß die gemäßigeren programmatischen Aussagen der Kameralisten und Malthus' durchaus in Einklang zu bringen sind, sollte man der verbalen Ebene keine allzu große Beachtung schenken! Es führt viel weiter, wenn der Diskurs über Nahrung und Fortpflanzung als Spiegelbild der Dispersion von Macht im werdenden Zentralstaat und seiner späteren kapitalistischen Ausformung verstanden wird. Der Übergang vom Populationismus zum demopolitischen "laissez-faire" — der, wie ich zeigen möchte, alles andere als abrupt war — reflektierte jene Spannungsverhältnisse, die die Verbürgerlichung im 18. Jahrhundert vorangetrieben haben.

Zunächst war da der siegreiche Kampf des Landesfürsten gegen den ständischen Adel, in dessen Verlauf die "arbeitsamen Leute" von feudalen und korporativen Bindungen befreit und zur Fortpflanzung angehalten wurden. Ihr wachsendes Selbstbewußtsein und vor allem wohl die späte Einsicht des aufgeklärten Absolutismus, nicht alles und jedes behördlich administrieren zu können, veranlaßten den Souverän, peu à peu von willkürlichen demopolitischen Eingriffen in die "Staatsmaschine" abzustehen. Als dann die "Polizey" auf ein Ausmaß beschränkt war, das den propagierten ökonomischen Mechanismus nicht mehr behinderte, erwuchs der neuen Klasse, dem Bürgertum, im Pauperismus der beginnenden Industrialisierung eine gefürchtete Bedrohung gleichsam aus den eigenen Reihen, auf die jedoch erst um 1850 schichtspezifisch, d. h. "malthusianisch", reagiert wurde.

2. Der naturgesetzliche Charakter von Malthus' Lehre ergibt sich genauso zwangsläufig aus der Logik dieses "Verbürgerlichungskonzepts", wie das Abrücken vom behördlichen Populationismus. Keinesfalls war die Aussage, daß demographische Phänomene unwandelbaren Regelmäßigkeiten unterliegen, ein Produkt historisch herangereifter wissenschaftlicher Erkenntnis, wie man mit Schumpeter annehmen könnte.

Edgar Zilsel hat in einem Aufsatz aus dem Jahr 1942 gezeigt, daß die neuzeitliche Verbreitung des Wortes "Gesetz" in Bezug auf Regelmäßigkeiten der physikalischen Welt mit der Entstehung der europäischen absoluten Monarchien zusammenfiel.⁹ Da der Herrscher in seiner Machtfülle und kraft allgemein verbindlichen, rationalen Rechts vernünftigen Menschen seine Regeln aufzwingen konnte, nahm man an, daß Gott es mit der unbelebten Materie und den vernunftlosen Tieren genauso hielt. Im weiteren Verlauf kehrte sich allerdings die Richtung des Arguments um: dort wo sich Ansätze eines emanzipierten Bürgertums zu entwickeln begannen, empfanden die "homines novi" die herrscherliche Allmacht als störend und widersinnig. Sie nahmen das Motiv der unerbittlichen anonymen Kräfte auf und übertrugen es auf das menschliche Zusammenleben, wobei sie natürlich, ihrer Interessenlage gemäß, zuerst an das "wirtschaftende Gemeinwesen" dachten. Der Souverän durfte hier nicht mehr nach Belieben schalten und walten, er war den Naturgesetzen, zu deren Benennung sein legislatorisches Wirken den Anstoß gegeben hatte, fortan selber ausgeliefert. James Stuart verglich den neuen Tatbestand in seinen "Principles of Political Oeconomy" von 1767 mit der Funktionsweise einer hochempfindlichen Taschenuhr, die durch einen unsachgemäßen Eingriff in ihren Mechanismus sogleich zerstört wäre.

Die nächste Etappe der Instrumentalisierung des Naturgesetzbegriffes begann in England, mit den Anfängen der Industrialisierung und den sozialen Problemen, die sich daraus für eine schon viel weiter als auf dem Kontinent "verbürgerlichte" Gesellschaft ergaben. Während der Verweis auf das Walten gottgewollter sozialer Planmäßigkeiten zunächst alle arbeitswilligen Leute ohne Unterschied ihres beruflichen Erfolges vor usurpatorischen

⁹ E. Zilsel, Die sozialen Ursprünge der neuzeitlichen Wissenschaft, hrsg. v. W. Krohn; Frankfurt a. M. 1976, S. 66 ff.

Akten des Souveräns schützen sollte, bemächtigte sich nun nach und nach das Besitzbürgertum dieser Argumentation. Mit ihrer Hilfe war es ihm ein leichtes, all jene vom emanzipatorischen Anspruch des Dritten Standes auszunehmen, die seine neuen materiellen Errungenschaften bedrohten, oder, wie es im Sinne der Gesetzesmetapher heißen mußte: die sich gegen den Gang der Natur versündigt hatten. Der gewaltsame Verlauf der Französischen Revolution bestärkte überdies die "elitäre Partei" jenseits des Kanals im Gefühl, sich gegen den Entwicklungsoptimismus der Bewunderer von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wenden zu müssen. Godwin war einer von ihnen, und er hatte dazu noch, zusammen mit Condorcet, das demographische Thema ins Spiel gebracht: wenn die Fehler der schlechten Regierungen dereinst beseitigt sein würden, so seine Utopie, würde die menschliche Lebensdauer sich ins Unbegrenzte verlängern. Zur Fortpflanzung gäbe es dann keine Notwendigkeit mehr, und weder hätte alle dreißig Jahre eine Generation die andere abzulösen, noch müßte die Wahrheit ihre Laufbahn jedesmal aufs Neue antreten.¹⁰

Was 'ag nun für Malthus näher, wenn er der egalitären Herausforderung begegnen wollte, und der "Turnierplatz" der Bevölkerungspolitik abgesteckt war, als das in zahlreichen sozialen Machtkämpfen erprobte Streitroß des Naturgesetzes mit der Biologie aufzuzäumen? Für den anhaltenden Erfolg dieses Unternehmens spricht, daß man heute noch oft auf die Ansicht stößt, der Malthusianismus sei das Ergebnis eines autonomen Verwissenschaftlichungsprozesses!

Ich glaube, daß die in aller Kürze skizzierten Thesen dazu beitragen können, den Blick von der scheinbaren Diskontinuität des Bevölkerungsdiskurses abzulenken und der Beobachtung sozialer Kräfteverschiebungen als der Grundlage demographischer Aussagen mehr Gewicht zu verleihen. Im folgenden geht es darum, den stetigen Prozeß der Verlagerung von Macht in der Gesellschaft des kameralistischen Deutschland nachzuzeichnen.

II.

Im Jahrhundert, das auf den Dreißigjährigen Krieg folgte, beherrschte die Auseinandersetzung zwischen ständischer und landesfürstlicher Gewalt das politische Geschehen in Mitteleuropa. Zwar bedeuteten die unmittelbaren Konsequenzen des Krieges selbst wichtige Vorentscheidungen zugunsten des Zentralstaats; aber die partikularen Kräfte lieferten den österreichischen, brandenburgischen und sächsischen Fürstenhäusern noch ein hartnäckiges Rückzugsgefecht mit zum Teil beachtlichen Erfolgen, etwa im Bereich der Finanzverwaltung und der Gerichtsbarkeit. Erst die Einrichtung umfassender Zentralbehörden durch die Monarchen, in Preußen 1723 (Generaldirectorium) und in Österreich 1749 (Directorium in publicis et cameralibus), ließ den Konflikt endgültig verebben. Fortan schwelte er ohne entscheidende Bedeutung in den Streitigkeiten der bürokratischen Ämter untereinander weiter, von denen sich einige den Provinzialinteressen, andere den Intentionen des Souveräns stärker verpflichtet fühlten.

Die Behauptung, der Absolutismus des 18. Jahrhunderts habe sich auf das Bürgertum gestützt, um den Adel niederzuringen, gehört für Deutschland ganz sicher in den Bereich der Legende.¹¹ Weder gab es irgendwo schon einen Dritten Stand, der en bloc hätte mobilisiert werden können; noch war es die Regel, daß Beamte aus nichtadeligen Häusern in den neugeschaffenen Zentralverwaltungen den Ton angaben. Trotzdem ist es gerechtfertigt, für das Preußen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II., für Österreich spätestens seit Maria

¹⁰ Zur Utopie Godwins vgl. G. Himmelfarb, *The Idea of Poverty. England in the Early Industrial Age*; New York 1984, S. 102 ff.

¹¹ Vgl. dazu B. Behrens, Artikel: *Government and Society*, in: *The Cambridge Economic History of Europe*, 5. Band, Cambridge 1977, S. 561.

Theresia von einem beginnenden Prozeß der Verbürgerlichung zu sprechen: schon allein jene festen Dienstzeiten, die der König von Preußen seinen Ministern 1723 vorschrieb, lassen etwas von der "ganz besonderen Seelenbeschaffenheit" durchschimmern, die später Sombarts "Bourgeois" auszeichnen sollte.¹²

Aber viel mehr als die formale Disziplinierung — so sehr sie auch im Lichte der Arbeiten von Michel Foucault an Bedeutung gewinnt! — war das eigentliche Ziel des Aufbaus fürstlicher Bürokratien geeignet, den neuen Geist des Bürgertums zu fördern. Der Schaffung des Behördenapparates durch den Souverän lag in erster Linie die Einsicht in die Unmöglichkeit zugrunde, den steigenden Finanzbedarf der Zentralmacht aus dem "klassischen" Fonds, den Domanialeinkünften, zu decken. Nur soweit diese ausreichten, konnte aber der Landesfürst autonom handeln: darüber hinausgehende Mittel mußte er sich von den Ständen seiner Provinzen bewilligen lassen, dabei seinen Anspruch penibel rechtfertigen und dessen Einmaligkeit förmlich zu Protokoll geben. Eine solche Abhängigkeit von der Gunst des Adels, die noch dazu in einer für den Monarchen demütigenden und zeitaufwendigen Prozedur bloßgelegt wurde, galt es zu überwinden!

Die Leistungskraft eines jeden Menschen im Lande mußte unmittelbar in den Dienst des Staatswohls gestellt werden: fleißige, bescheidene Bürger — und, wie wir noch sehen werden, in größtmöglicher Zahl — gewannen für den Herrscher immer mehr Bedeutung in seinem Bestreben, Verschwendungssucht und Hochmut des Adels zu bekämpfen. Sie sollten die großen, wüst gefallenen oder landwirtschaftlich noch ungenutzten Flächen Mitteleuropas kultivieren und Nahrungsmittel, vor allem aber Grundstoffe für das heimische Gewerbe bereitstellen; sie sollten in den staatseigenen Manufakturhäusern ihren Beitrag dazu leisten, das Land von fremden, hauptsächlich französischen, Importwaren unabhängig zu machen und so das Geld am Abströmen zu hindern. Schließlich würden sie — bei all ihrer erwünschten und wohl auch erzwungenen Frugalität — ihren Lohn verausgaben und dadurch der fürstlichen Steuerbehörde Gelegenheit geben, sich an ihren Verzehrabgaben für den Rückgang ständischer Kontributionen schadlos zu halten. J. G. Schlosser, Goethes Schwoiegersohn, spricht ganz im Sinne eines jeden deutschen Monarchen seiner Zeit, wenn er sagt: "Die eingeschränktesten Menschen sind meist am glücklichsten, und am brauchbarsten."¹³

Die Bürokratie versetzte den Souverän in die Lage, ohne Vermittlung der partikularen Gewalten die produktiven Ressourcen des Reiches für seine Zwecke einzuspannen. Dazu kam noch, daß Österreich und Preußen im Vergleich zu den vornehmlich auf den Handel ausgerichteten Staaten Westeuropas wirtschaftlich zurückgeblieben waren; so war es auch von dieser Seite her klar, daß Fortschritte gar nicht anders als durch Autarkiepolitik und bis ins Detail behördlich gelenkte Hebung der Landeskultur und der Manufakturen zu erzielen sein würden. Justi (alias Anaxagoras von Occident) hat diese Überzeugung pointiert auf eine Formel gebracht: "Wenn eine Monarchie sich auf keine auswärtigen Commercen befeißiget, so handelt sie vollkommen ihrer Natur gemäß. Die Ehrbegierde ist die Seele und hauptsächlichste Triebfeder der Monarchien. Allein wenn sie blühende Commercen erlangen will, so muß sie diese Triebfeder, wo nicht gänzlich vernichten, doch sehr schwächen, weil der Eigennutz die hauptsächlichste Triebfeder des auswärtigen Handels ist".¹⁴

Diese Dichotomie von "Leidenschaften und Interessen" ist uns aus A. Hirschmanns gleichnamiger Untersuchung bekannt.¹⁵ Die Ehrbegierde stachelte den Fürsten dazu an, mehr Volk, mehr Nahrung, mehr Gewerbe, mehr Geld, schließlich eine bessere "Defension"

¹² Ebenda, S. 581. Siehe auch H. Hauss herr, Verwaltungseinheit und Ressorttrennung vom Ende des 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts; Berlin 1953, S. 13.

¹³ J. G. Schlosser, Die Wudbianer, in: Kleine Schriften IV.; Basel 1785, S. 60 f.

¹⁴ Anaxagoras v. Occident, a. a. O., S. 150.

¹⁵ A. O. Hirschmann, Leidenschaften und Interessen; Frankfurt a. M. 1980.

für alles das gegen dieselben Leidenschaften benachbarter Potentaten anzuschaffen. Erst die allmähliche Entdeckung von "Interessen" eröffnete dem deutschen Staatsdenken einen Ausweg aus diesem circulus vitiosus.

Nach 1760 häufen sich die Indizien für eine Mehrung des Ansehens der "Privathandelsleute". Ganz ähnlich wie vor ihm schon Montesquieu brach nun Sonnenfels eine Lanze für sie und betonte, wie sehr dem Staat daran gelegen sei, "daß keine Vorurteile den Stand des Handelsmanns verächtlich machen."¹⁶ Gleichzeitig wurde immer eindringlicher die Anschauung vertreten, daß jede obrigkeitliche Intervention ihre Grenzen habe, die aus der maschinenmäßigen Funktionsweise von Wirtschaft und Gesellschaft resultierten: Machtprüche seien überflüssig, wo sich alles durch eigene Bewegung ins Gleichgewicht setzen würde!

Einmal mehr brauchen wir für die deutschen Länder — und besonders für Österreich — den Dritten Stand als politische Kraft nicht zu bemühen, um diesen Gesinnungswandel, der eine neue Phase der Verbürgerlichung einleitete, zu erklären. Hier führten in erster Linie äußere Ereignisse zur wachsenden Einsicht beim Monarchen selbst, der rigorose Interventionismus werde sich nicht aufrecht erhalten lassen. Schon um 1760 herum gerieten die staatlich geförderten Manufakturen allenthalben in Schwierigkeiten, "durch die Hast, alle belangreichen Bedürfnisse durch heimische Erzeugnisse zu befriedigen".¹⁷ Zahlreiche Unternehmungen, deren Fabrikate dem freien Wettbewerb nicht gewachsen waren, verließen sich auf ihr Monopol im zollgeschützten Binnenmarkt und auf die Munifizenz der Regierung. Innerhalb von zehn Jahren ließen daraufhin Maria Theresia und Joseph II. das Privilegien-system fallen und bauten fortan auf die Wirkung von "Wohlfeilheit und Concurrenz".

Die Hungersnot, die Böhmen 1771—72 heimsuchte, offenbarte erneut die vielfach kontraproduktiven Ergebnisse merkantilistischer Autarkiepolitik. So hatte man der lokalen Textilindustrie die Ausfuhr ihrer Waren untersagt, zugleich aber die Umstellung der Produktion auf im Inland gefragte gröbere Garnqualitäten mit dem Argument zurückgewiesen, die Weber müßten ihre allseits geschätzte Fingerfertigkeit behalten! In Erwartung vermehrten heimischen Absatzes hatte die Regierung dazu noch die Volksvermehrung in den böhmischen Textilgebieten angeregt, um nun erkennen zu müssen, daß ihre eigenen wirtschafts-politischen Maßnahmen das Leben gerade jener Bevölkerungsgruppe gefährdeten, die man begünstigen wollte!

Von 1766 an gab es allerdings immer wieder Vorstöße von freihändlerisch gesinnten Persönlichkeiten am Wiener Hof, die für ein verstärktes Engagement der Habsburgermonarchie im Welthandel plädierten und gegen den übertriebenen Staatsinterventionismus ihre Stimmen erhoben. Die häufigen Démarchen führten letztlich dazu, daß sich 1774 in Österreich ein nur mehr gemäßigt protektionistisches Regime etablierte, das auch genügend physiokratische Elemente enthielt, um von einer impliziten Anerkennung des "ordre naturel" seitens der Herrscher zu zeugen.

Es wäre jedoch falsch, ausschließlich wirtschaftliche Kalamitäten für die Lockerung des Zugriffs der "Polizey" auf die Untertanen verantwortlich zu machen: der von der Staatsphilosophie Christian Wolffs geprägte aufgeklärte Absolutismus konnte von sich aus zur Ablehnung souveräner Willkürakte gelangen! Das Gleichnis vom Uhrwerk, das Stuart für die Autorität des Fürsten in wirtschaftlichen Belangen benützte, findet sich bei Wolff schon früher, und in einer weiteren Fassung: Gott ist der Uhrmacher, das ganze Universum ist die Uhr, und der Monarch läßt sie gemäß den Gesetzen der Mechanik funk-

¹⁶ J. v. Sonnenfels, Sätze aus der Polizey-, Handlungs- und Finanzwissenschaft. Zweyter Theil, enthaltend die Handlungswissenschaft; Wien 1769, S. 243.

¹⁷ A. Bär, Studien zur Geschichte der österreichischen Volkswirtschaft unter Maria Theresia. Die österreichische Industriepolitik; Wien 1894, S. 10.

tionieren. Dazu paßte natürlich auch die vermehrte Rücksichtnahme auf diffizile ökonomische Zusammenhänge und auf den einzelnen Kommerzianten, der sie gleichsam personifizierte. So profitierten die Bürger von der ungewohnten Ästimierung ihres "Eigennutzes". Sie konnten das, auch ohne vorerst eine wirksame politische Kraft zu sein: dafür mußten sie hinnehmen, daß ihre Tätigkeit weiterhin "durch die Staatsbrille" gesehen wurde.

III.

Wir dürfen nun erwarten, daß sich der geschilderte Prozeß der Diffusion von Macht im sozialen Gefüge, ihre Ausbreitung in bürgerliche Schichten, die außerhalb der traditionellen Polarität von Adel und Souverän standen, im Bevölkerungsdiskurs manifestiert. Unserer These gemäß müßte spätestens um 1770 die Beharrlichkeit der Forderungen nach Vermehrung der Volkszahl nachgelassen und sich stattdem eine Auffassung verbreitet haben, nach der das reibungslose Funktionieren der "Wirtschaftsmaschine" der willkürlichen Peuplierung feste Schranken setzte.

Solange der Disput zwischen Zentralgewalt und Ständen noch nicht entschieden war versteht es sich von selbst, daß der Monarch danach trachten mußte, einen so wesentlichen Bereich wie die menschliche Fortpflanzung unter Kontrolle zu bekommen. Die Richtung seiner Intervention war durch die Notwendigkeit vorgegeben, sich ein von feudalem Zwang befreites Produktions- und Steuerpotential aufzubauen. Dabei durfte die "Volkreichmachung" auch gut und gern ein unproduktives Element umfassen, wenn es nur nicht zu umfangreich war; der Bettelmann nahm ja von den Reichen Almosen und führte solcherart der Konsumtion taxierbare Beträge zu!

Die ganze, breite Palette von Maßnahmen des Landesfürsten, eine Armee (durchaus auch im wörtlichen Sinne!) von arbeitsfähigen, anspruchslosen Leuten heranzuziehen, die allein seinem Befehl gehorchen sollte, erregte natürlich das Mißtrauen und den heftigen Unwillen der adligen Grundherren und ständischen Korporationen. Justus Möser, Jurist und Ökonom in Osnabrück, hat die Befürchtungen geäußert, die zu seiner Zeit die Träger der feudalen Ordnung bezüglich der vielen Armen hatten: "Werden sie nicht mit der Zeit, wenn sie von dem Mächtigen geheget und geschützt werden, diesem ihrem Schutzherrn zu gefallen, unsere Verräter und Unterdrücker werden? Und wird derjenige Schutzherr, der sie auf diese Art regiert, nicht bald zu mächtig, nicht bald unser Oberherr und zuletzt unser Tyrann werden?"¹⁸

Genau das waren die absoluten Monarchen in Deutschland um 1750 endgültig geworden, und die Populationistik hatte ihnen den Sieg über die partikularen Kräfte erleichtert. Die Zentralbehörden arbeiteten zielstrebig an der Zerstörung des schon erwähnten vorindustriellen Heiratsmusters; die Barrieren, die die Feudalgewalten außerdem durch das Erfordernis des Ehekonsenses gegen die unkontrollierte Fortpflanzung ihrer Untertanen errichtet hatten, wurden geschleift, und pari passu wuchs das Menschenpotential, auf dem die "Glückseligkeit des Staates" beruhen sollte. Ernährung, Beschäftigung und ausgewogene Ansiedlung der Einwohnerschaft in Stadt und Land stellten die Bürokratie im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts vor Probleme, die — gemeinsam mit außerökonomischen Faktoren — dazu führten, den voluntaristischen Aspekt der Politik gegenüber einer mechanisch-gesetzmäßigen Auffassung von Wirtschaft und Gesellschaft zurücktreten zu lassen.

1767 publizierte ein Londoner Verleger James Steuarts Werk "An Inquiry into the Principles of Political Oeconomy", in dem zum ersten Mal ausführlich vom naturnotwendigen Zusammenhang zwischen der Größe der Bevölkerung, ihrer Tätigkeit in Land-

¹⁸ J. Möser, Gründe, warum sich die alten Sachsen der Bevölkerung widersetzt haben, in: Justus Möser's sämtliche Werke, 4. Band; Oldenburg und Berlin o. J., S. 212.

wirtschaft oder Gewerbe und dem Stand des Außenhandels die Rede war. Auch wenn damit scheinbar vom Kameralismus abgelenkt wird (nicht so sehr allerdings von Deutschland, denn Steuart hat große Teile seines chef d'oeuvre im Tübinger Exil verfaßt!), möchte ich doch aus gutem Grund etwas näher auf dieses Buch eingehen.¹⁹

Gleich am Beginn führt der Autor die menschliche Vermehrung als *primus movens* des Wirtschaftsprozesses in sein System ein. Um zu zeigen, wie der Fortpflanzungsspielraum von den Subsistenzmitteln begrenzt wird, benutzt er ein eher unglücklich gewähltes Bild von der Zeugungskraft als einer Feder, die sich dem Gewicht von weniger oder mehr Nahrung entsprechend dehnt oder zusammenzieht. Diese Analogie brachte Steuart den Ruf ein, schon lange vor den arithmetischen und geometrischen Reihen des Malthus das "Bevölkerungsgesetz" formuliert und damit den Kern der Godwin-Streitschrift von 1798 vorweggenommen zu haben. Der weitere Weg seiner Gedanken führt hingegen zu einem anderen, kaum beachteten Berührungspunkt mit dem späten Malthus und eröffnet eine Perspektive, die beide Schriftsteller — ungeachtet ihrer Überbevölkerungsvisionen — als Vertreter einer demographischen Optimumtheorie erscheinen läßt.

Je mehr Menschen geboren werden, sagt Steuart, desto größer wird der Bedarf nach Lebensmitteln. Zwar erzeugt ein Bauer im Regelfall mehr, als er selbst verbrauchen kann, und es wird daher ein Zustand eintreten, in dem nicht jeder an der Feldarbeit beteiligt ist — was aber soll den Landwirt zur Versorgung einer ständig wachsenden Zahl von "free hands" veranlassen? Die "Polizewissenschaft" in Deutschland wollte sich mit behördlicher Kulturaufsicht behelfen, doch die "Principles" vermitteln schon eine ganz andere Vorstellung: der Eigennutz der Agrarproduzenten wird diese von selbst dazu bewegen, ihrem Boden den höchstmöglichen Ertrag abzurufen, da sie die gewerblichen Güter zu ihrer Bequemlichkeit begehren, die in den Manufakturen hergestellt werden.

Anders als den Kameralisten ist Steuart das Gesetz des abnehmenden Ertragszuwachses — zumindest für den primären Sektor — bereits geläufig. Also muß bei ihm die maximale Fruchtbarkeit des vorhandenen Ackerbodens dem Bevölkerungswachstum Schranken setzen, außer es gelingt, die Nahrungsmittel für eine weitere Vermehrung der Gewerbetreibenden im auswärtigen Handel zu beschaffen. In diesem Fall vollzieht ein Staat den Wechsel vom "infant trade", dem Tauschverkehr zwischen seinen eigenen freien Bürgern, zum "foreign trade", der sich wiederum in drei Etappen entwickelt:

Zunächst steigen die Profite der heimischen Manufakturisten, und nichts steht der erweiterten inländischen Beschäftigung im Wege, weil die Handelspartner sich auf die Lieferung von Agrarprodukten beschränken und keine Maßnahmen gegen das Einströmen gewerblicher Waren ergreifen. Wer jedoch eine zeitlang Luxusartikel einführt, weckt den Geschmack der Bevölkerung, die bald mehr davon verlangt, als die Lebensmittelexporte Erlösen können. Dem Ausland droht ein wachsendes Handelsbilanzdefizit, und es reagiert mit dem Aufbau eigener, geschützter Industrien, die in heftigen Wettbewerb mit denen des Pionierlandes treten. Hier haben sich inzwischen aufgrund der anhaltend hohen Exportgewinne die Löhne, und folglich auch die Lebenshaltungskosten, auf einem Niveau konsolidiert, das auf die Dauer einen erfolgreichen Preiskampf mit fremden Fabrikaten nicht mehr zuläßt. Soll das Erreichte nicht aufs Spiel gesetzt werden, ist es notwendig, die Grenzen zu schließen und vorübergehend Autarkiepolitik zu betreiben, bis die Konkurrenzverhältnisse sich wieder zum Besseren gewendet haben.

Wann immer der Übergang vom letzten, unergiebigem Stadium des Außenhandels zum temporären "inland trade", d. h. zur Autarkie erfolgt, geschieht das nicht, um den Reichtum einer Nation zu mehren, sondern um seinen Verlust zu verhindern. Es ist einleuchtend, daß

¹⁹ Über James Steuart und sein Werk vgl. S. R. Sen, *The Economics of Sir James Steuart*; London 1957.

unter diesen Umständen von einem weiteren Bevölkerungszuwachs kaum die Rede sein kann. Vielmehr muß die Regierung alle erdenklichen Anstrengungen unternehmen, den aktuellen Beschäftigungsgrad zu erhalten: etwa, indem sie den inländischen Konsum von Luxusgütern begünstigt und damit Ersatz für den Rückgang der Auslandsnachfrage nach Massenware schafft.

Steuart unterstellt dem Wirtschaftsprozeß auf allen Ebenen ein zyklisches Grundmuster; genau wie die einzelnen Menschen abwechselnd reich werden und wieder verarmen, genießt einmal die eine, dann wieder die andere Nation ihren Vorteil in der globalen "balance of wealth". Aber während er es im Interesse der "Freiheit und Gleichheit" von Individuen begrüßt, wenn das Vermögen solcherart im Umlauf bleibt, erwartet er von einem reichen Land wirksame Aktionen gegen jede Bedrohung seiner überlegenen Position. Hier erweist sich Steuart als Befürworter von staatlichen Eingriffen, die, soweit sie die Bevölkerungspolitik betreffen, der kameralistischen Populationistik um nichts nachstehen. Doch lohnt es sich, noch einmal ausdrücklich festzuhalten: die empfohlenen Maßnahmen sind keine Willkürakte des Souveräns oder der Behörden! Sie sind bloß Korrektiva, die einen Zustand perpetuieren sollen, den die "Natur" der Wirtschaftsgesetze, und niemand anderer, hervorgerufen hat.

Wenn ein bedeutender Exponent der Schottischen Aufklärung im 18. Jahrhundert das Bild einer Wirtschaft zeichnet, die, vom gesunden Egoismus der unternehmenden Bürger vorangetrieben, ihr natürliches Gleichgewicht von selber findet und nur gelegentlicher Kurskorrekturen durch den wachsamem Staatsmann bedarf, wird kaum jemand sich darüber wundern. Es ist aber bestimmt weniger selbstverständlich, fast gleichzeitig Ansätze zu solchen Ideen in Deutschland zu finden, in Sonnenfels' "Handlungswissenschaft", die 1769 gedruckt wurde. Ich möchte die Stelle vom Zusammenhang, zwischen Manufakturen, Außenhandel und Bevölkerung auszugsweise wiedergeben: ihre Ähnlichkeit mit den Überlegungen Steuarts in dieser Richtung spricht für sich:

"Der Endzweck der Manufakturen, betrachtet in Beziehung auf den einzelnen Manufakturanten, ist, durch die Kunstarbeit sich Unterhalt und Gewinnst zu verschaffen; in Beziehung auf den ganzen Staat aber, die Beschäftigungen zu vermehren, da die Manufakturen einen Theil des Volkes beschäftigen, welchen die Landwirthschaft nicht mehr beschäftigen konnte... Bey der Anordnung der Manufakturen sind also die Stufen der Beförderung nach dem Grade abzumessen, als die allgemeine Masse der Beschäftigung vergrößert, und dauerhafter gemacht wird."²⁰ Sonnenfels fährt mit dem Hinweis fort, daß jene Fabrikationszweige, die sich nicht auf inländische Rohprodukte stützen können, solche importieren müssen; damit weicht er von Steuart ab, der die Abhängigkeit gewerblicher Expansion von den Lebensmitteleinfuhren betont. Das Ergebnis ist aber in beiden Fällen dasselbe, ob sich nun ein Land zur industriellen Diversifikation oder zur Ausdehnung des sekundären Sektors über das Maß agrarischer Selbstversorgung hinaus entschließt: die erhöhte Sensibilität der Volkswirtschaft gegenüber möglichen Veränderungen auf dem Weltmarkt. Während Steuarts Manufakturen ihren gesicherten Absatz verlieren, wenn aus den früheren Nahrungslieferanten industrielle Konkurrenten werden, bricht bei Sonnenfels im Falle verschärften Wettbewerbs die Versorgung mit Rohmaterial zusammen. Die Beschäftigung muß jetzt in solche Branchen umgeleitet werden, die von ausländischer Zufuhr unabhängig sind — während der Staat von Steuart sich in die analoge Warteposition des 'inland trade' zurückzieht. Versagt die Regierung mit diesem regroupement, „wird der Rückgang der Glückseligkeit beynahe ohne Gränzen seyn... Denn bey einem, aus dem erwähnten, sich ereignenden Umstände verliert eine gewisse Anzahl von Menschen, die Manufakturanten nämlich, welche den fremden Stoff verarbeiten, ihre Beschäftigung; also empfängt auch eine andere

²⁰ J.v. Sonnenfels, a. a. O., S. 121 f.

Klasse von Bürgern nicht mehr diejenigen Summen, die sie zur Bestreitung ihrer Bedürfnisse sonst empfangen hatte. Diese Klasse war der Landmann und abermal der Fabrikant, bey denen sich die nachtheilige Folge in dem Verhältnisse ihres verminderten Verdienstes auf eben die Art, wie bey den ersten wiederholt; und dieser Kreis von Nachtheilen, von immer geschwächten Erwerbungsmittein, folglich von immer abnehmender Bevölkerung wird solange wiederholt, daß der Staat seinem Verfall nahe geführt wird, wenn er nicht dem Übel durch thätige Mittel Einhalt zu thun bemüht ist.“²¹

Wie weit ist dieses Szenario von der Denkweise eines Justi entfernt, ganz zu schweigen von Becher, der noch bekräftigt hatte, es komme nur auf den Fleiß der Leute an, dann sei die Übervölkerung niemals zu befürchten, im Gegenteil, es werde kaum genug Menschen geben können! Sonnenfels unterstreicht dagegen bereits den Zwang, der vom Mechanismus einer modernen Tauschökonomie ausgeübt wird: deshalb hält er es für „...weniger schädlich, die Beschäftigung nie über eine mittelmäßige Größe erweitert zu haben; als von einer weit größeren Anzahl derselben in der Folge etwas zu verlieren.“²²

Einer solchen bevölkerungspolitischen Konzeption hat sich auch Malthus angenähert, sobald die strategische Notwendigkeit nicht mehr bestand, den schwärmerischen Utopien von Godwin und Condorcet Paroli zu bieten. Schon 1803 revidierte er den ‚Essay‘ für die zweite Auflage in einem Ausmaß, das den naturgesetzlichen Charakter seiner Aussage fast vollkommen verschwinden ließ. Weitere Modifikationen in der dritten und fünften Auflage (1806 bzw. 1817) zeigen ein Abrücken von der Idee des ‚immiserizing growth‘, die für den Pessimismus der Erstfassung bestimmend war. Da hatte Malthus auf die Frage, ob das Wachstum der englischen Manufakturen für die Armen vorteilhaft sei, noch mit einem klaren Nein geantwortet.²³ Seine neue Haltung, die er, worauf er selbst hingewiesen hat, der Lektüre Stuarts verdankte, räumte dem Mechanismus der Weltwirtschaft und damit wohl implizit auch einem gewissen Grad von staatlicher Intervention die Fähigkeit ein, den inländischen Beschäftigungsspielraum auszudehnen. Daraus ergibt sich die Annahme einer optimalen Bevölkerungsgröße, die den Außenhandelsbedingungen eines Landes entspricht und durch die Geschicklichkeit der Regierung so stabil wie möglich gehalten wird.

‚Malthusianismus‘ in dieser Form hätte auch Sonnenfels ganz sicher akzeptiert; und sofern die neue Lehre nur bereit war, die Möglichkeit der Volksvermehrung grundsätzlich anzuerkennen und auf die unterschiedslose Verurteilung jeder ‚Polizey‘ zu verzichten, durfte sie im vormärzlichen Deutschland des Wohlwollens der Ökonomen weiterhin gewiß sein! Erst um 1850 wurden hier die sozio-ökonomischen Voraussetzungen für eine Rezeption der (von Malthus selbst überwundenen!) kompromißlosen Formeln der Godwin-Streitschrift geschaffen, als eine erstarkte und selbstbewußte Bourgeoisie sich anschickte, die Errungenschaften industrieller Expansion zu verteidigen.

²¹ Ebenda, S. 123 f.

²² Ebenda, S. 123.

²³ G. Gilbert, *Economic Growth and the Poor in Malthus' ‚Essay on Population‘*, in: *History of Political Economy*, Vol. 12:1, 1980, S. 88.